

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.12.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend sind:**

### **Vorsitzende**

Frau Hanna Haupt

SPD

Herr Leonhard Dölle

Stimmb.Mitglied freie Träger

Frau Beate Gellert

Stimmb.Mitglied freie Träger

Frau Ilona Hackel

Beratendes Mitglied Arbeitsagentur Halle

Herr Dr. Hendrik Kluge

Beratendes Mitglied Kirchenkreis Halle-Saalkreis

Herr Uwe Kramer

Stimmb.Mitglied freie Träger

Frau Kerstin Masur

Stimmb.Mitglied freie Träger

Frau Anja Pohl

Stadtelternbeirat

Herr Klaus Adam

FDP, stellv. Mitglied im JHA

Herr Andreas Schachtschneider

CDU

Frau Ute Haupt

DIE LINKE.

Herr René Trömel

DIE LINKE.

Herr Klaus Hopfgarten

SPD

Frau Dr. Inés Brock

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Herr KR Ralf Berger

Beratendes Mitglied Polizei Halle

Frau Renate Leonhard

Beratendes Mitglied Katholisches Propsteipfarramt

Herr Rene Moses

Beratendes Mitglied Humanistischer RV

Herr Mirko Petrick

Beratendes Mitglied- Kinder- und Jugendbeauftragter

Frau Petra Schneutzer

Beratendes Mitglied - Migrationsbeauftragte

Frau Sabine Wolff

MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Frau Heike Wießner

CDU

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Antje Klotsch

Stimmb. Mitglied freie Träger

Frau Carola Messerschmidt

Beratendes Mitglied LVWA, Abt. Schule und Kultur

Frau Sylvia Plättner

Stimmb. Mitglied freie Träger

Frau Helga Schubert

Stimmb. Mitglied freie Träger

Frau Carmen Wiebach

Beratendes Mitglied Jobcenter Halle

Herr Richter Bruno Glomski

Beratendes Mitglied

Frau Tatjana Privorozkaja

Beratendes Mitglied Jüdische Gemeinde zu Halle

Frau Katja Raab

FDP; Vertreter anwesend

Frau Susanne Wildner

Beratendes Mitglied Verwaltung

### Tagesordnung vor Beschluss:

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012  
Nachversendung!
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10931
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung von Fördermöglichkeiten im Bereich Frühe Hilfen  
Vorlage: V/2012/11103
- 6.2. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung  
Vorlage: V/2012/11263
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012  
Vorlage: V/2012/11061
- 8.2. Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)
- 8.3. Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Themenspeicher
11. Anregungen

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es wurden keine Anliegen vorgetragen.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau H. Haupt**, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Sitzung, und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau H. Haupt**, Ausschussvorsitzende, SPD, gab bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung vorliegt.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erinnerte an die Gründe der Dringlichkeit. Mittlerweile seien Erkenntnisse dazugekommen. Dennoch wünsche sie, dass der Antrag noch auf die Tagesordnung genommen werde. Wegen der anstehenden Haushaltsdiskussionen im Januar sollte der Antrag heute behandelt werden.

**Frau U.Haupt**, Die LINKE., unterstrich diese Argumentation.

Frau Brederlow, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt – m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass die Verwaltung durchaus zu einer Diskussion auch heute bereit sei.

Sie stellte diesen zur Abstimmung, ob er auf die Tagesordnung aufgenommen werden solle.

Die Tagesordnung war demnach:

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10931
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung von Fördermöglichkeiten im Bereich Frühe Hilfen  
Vorlage: V/2012/11103
- 6.2. *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung*
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012  
Vorlage: V/2012/11061
- 8.2. Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)
- 8.3. Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Themenspeicher

11. Anregungen

**Abstimmungsergebnis:**

8 x Zustimmung

0 x Ablehnung

3 x Enthaltung

**Einstimmig zugestimmt**

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2012**

---

Die Niederschrift vom 04.10.2012 wurde angenommen.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt zu geben.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10931**

---

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, und Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, verdeutlichten, dass der Jugendhilfeausschuss für den Änderungsantrag nicht zuständig ist.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, informierte, dass ihre Fraktion einen Änderungsantrag in den Stadtrat einbringen wird, dass die Mitgliedschaften, für die der Jugendhilfeausschuss zuständig ist, nicht gekündigt werden. Sie plädierte für eine Einzelabstimmung.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt - m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass die Verwaltung bereits in der Stellungnahme begründet hat, welche Auswirkungen einen Mitgliedschaftskündigung haben würde.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erklärte, dass die Mitgliedschaftsbeiträge eher gering sein und eine positive Auswirkung auf die Haushaltskonsolidierung kaum festzustellen sei.

**Frau H.Haupt**, Ausschussvorsitzende, SPD, nahm die Anregung zur Einzelabstimmung auf.

1. Gesundes Städtenetzwerk
2. Institut für Jugendhilfe Familienrecht
3. Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien

#### 4. Erzieherische Hilfen

**Frau Dr Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, stellte den Antrag, dass der Jugendhilfeausschuss seinerseits beantragt, dass die vorgenannten Mitgliedschaften nicht gekündigt werden.

Dem Antrag bzw. Vorschlag wurde nicht widersprochen. Der Jugendhilfeausschuss wird dem nunmehr folgend, den Antrag stellen. Dies wird für die Tagesordnung des Stadtrates Februar 2013 möglich sein.

#### **Abstimmungsergebnis:**

11 x Ablehnung  
1 x Zustimmung

#### **Mehrheitlich abgelehnt**

Der Vorschlag zur Kündigung der Mitgliedschaften ist damit für die vier Mitgliedschaften, für die der Jugendhilfeausschuss zuständig ist, mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- **Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)**
- **Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)**
- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- **Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)**
- **Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)**

#### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

##### **zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung von Fördermöglichkeiten im Bereich Frühe Hilfen Vorlage: V/2012/11103**

---

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, erklärte noch einmal die Gründe für den Antrag und wünschte sich eine Modifizierung dahingehend, dass die Projekte, die auf diesem Gebiet vorhanden sind, genannt werden.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt - m.d.W.d.G.b.), unterstützte den Antrag. Ein Bericht kann die Verwaltung aber noch nicht geben, da die Antwort aus dem Sozialministerium über Förderhöhen noch aussteht. Das Programm zu den Familienhebammen ist auf die Hoheit der Kommune übergegangen. Hier laufen gegenwärtig Verhandlungen mit den Familienhebammen. Im Jahr 2013 will die Stadt eine Evaluierung des Bedarfs vornehmen und daraus entsprechende Betreuungen ableiten zu können. Das „Begrüßungspaket“ wird momentan durch den Fachbereich Bildung in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit auf Qualität geprüft. Das „Screening“, das in den Kliniken durchgeführt wird, unterliegt gerade einer Prüfung, inwieweit dieses Programm fortgeführt werden kann. Eine Aussage

kann aber noch nicht verbindlich getroffen werden. Frau Brederlow, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, schlug vor, im Januar und Februar 2013 zu berichten und diesen Antrag wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, bat um Änderung dahingehend dass der Text

(Original: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Höhe die Stadt Halle für die Jahre 2012 bis 2015 Fördermittel aus der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ beim Land Sachsen-Anhalt abrufen kann, um bestehende kommunale Projekte und Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen auszubauen und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise den Begrüßungsservice für Neugeborene, weiter zu entwickeln“)

folgendermaßen lauten solle:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittel aus der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ beim Land Sachsen-Anhalt abzurufen, um bestehende kommunale Projekte und Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen auszubauen und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise den Begrüßungsservice für Neugeborene, qualitativ weiter zu entwickeln“

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), verdeutlichte, dass die Bundesmittel dafür allein nicht ausreichen werden. Die Stadt Halle wird dann auch eigene Mittel einfließen lassen müssen.

**Frau H. Haupt**, Ausschussvorsitzende, SPD, ließ über den Antrag in **der geänderten Form** abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

11 x Zustimmung

1 x Enthaltung

- einstimmig zugestimmt

#### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fördermittel aus der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ beim Land Sachsen-Anhalt abzurufen, um bestehende kommunale Projekte und Netzwerke im Bereich Frühe Hilfen auszubauen und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise den Begrüßungsservice für Neugeborene, qualitativ weiter zu entwickeln“

### **zu 6.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung Vorlage: V/2012/11263**

---

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt - m.d.W.d.G.b.), informierte über die Stellungnahme der Verwaltung und dass es in den vergangenen Tagen Gespräche und Verhandlungen mit den Trägern gegeben hat. Sie erläuterte die Verfahrensweise – Einreichen der Anträge durch die Träger – Prüfung der Anträge - Mitteilung an die Träger mit Aufrechnung, in der auch die 5 % abgezogen werden - die dann sich ergebende Summe wird durch 12 geteilt und entsprechend ausgezahlt.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, sagte, dass es ihr mehr um eine klare Aussage geht. Es sei das erste Mal, dass sie höre, dass die 5%-Regelung auf die Sachkosten angewendet wird. Die Verwaltung solle nun erklären, ob die Verwaltung 5 % der Gesamtkosten oder einen anderen Prozentsatz anwenden. Entsprechend der fachlichen Antwort ergibt sich dann eine erneute, präzisierte Antragstellung.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass die Verwaltung im Rahmen des Ermessensspielraums handelt. In der Regel bis zu 5 %. Da bei den Personalkosten der Träger keinen Spielraum hat, wurde eine Reduzierung auf die Sachkosten gehandhabt. Wenn sich keine gesetzlichen Änderungen ergeben, wird das auch so bleiben können. Der Träger wird auch 2013 einen Nachweis für die Notwendigkeit des Einbehaltens der 5 % erbringen müssen. Das neue KiföG kann da Änderungen bringen, die selbstverständlich Berücksichtigung finden werden.

**Herr Schachtschneider**, CDU, sprach sich gegen den Antrag aus. Der Antrag bezieht sich auf die Gesamtkosten und kann deswegen so nicht aufrecht erhalten werden. Er muss modifiziert werden.

**Herr Dr. Kluge**, Beratendes Mitglied (Kirchenkreis Halle-Saalkreis), präziserte den Terminus „Sachkosten“. Es war ihm wichtig zu unterstreichen, dass jeder, der eine Kita betreibt, ein zusätzliches Einkommen haben muss, um wirtschaftlich zu bestehen. Das derzeitige Verfahren bestehe darin, dass ein Träger seine Ausgaben möglichst niedrig halten müsse, damit sein Eigenanteil nicht zu groß sei. Dies habe z.B. auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten, da für deren Betreuung und auch für die Gesundheitsfürsorge keine Mittel ausgegeben werden können.

**Frau Gellert**, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), erklärte, dass die gegenwärtige Verfahrensweise für die Träger sehr schlecht sei. Zumal seien nicht bei allen Trägern die 5 % abgezogen worden, bei manchen erst zum Jahresende. Auch könnten die Freien Träger die Abschreibungen nicht geltend machen bzw. gegenrechnen. Das führe, nach ihrer Meinung, zu einer schlechteren wirtschaftlichen Lage der Träger.

**Herr Dölle**, stimmberechtigtes Mitglied (freie Träger), hatte eine Frage, wie hoch der tatsächliche Eigenanteil sei –bezogen auf einen Mittelwert für alle. Die zweite Frage ging in Richtung des Landesgesetzes, wonach es immer eine Einzelfallprüfung sein müsse und von daher eine pauschale Prozentbegrenzung gar nicht geht.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung m.d.W.d.G.b., machte deutlich, dass es hier um §74 SGBV VIII geht und deswegen ein Eigenanteil immer notwendig sei.

**Frau Schöps**, Stadt Halle, FB Bildung, sagte, dass es so 1,3 % im Durchschnitt sei, was sich aus unterschiedlichen Ansätzen ergibt.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, wünschte sich eine klare Aussage:

„Der Eigenanteil der Freien Träger in der Stadt Halle wird in der Regel bis zu 5 % der Gesamtkosten, **abzüglich der Kosten für das päd. Personal** festgelegt. Diese Regelung gilt für das Jahr 2013 bis zur Regelung durch das Kifög.“

**Herr Dölle** sagte, dass er für eine Regelung sei, die eine Mehrheit erhalten könne. Er wünschte sich in der Regel 0,3 % der Gesamtkosten für alle.

**Frau Gellert** sprach sich für 0,3 % der Gesamtkosten aus. Durch ehrenamtliche Arbeiten ist in den vergangenen Jahren auch schon Geld eingespart worden. Aber nicht mit 5 % aller Gesamtkosten.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, verstand nicht, warum die Stadt Halle auf das Geld verzichten soll, wenn Träger 5 % zahlen können. Das wäre wirtschaftlicher, gerechter und gesetzestreu.

**Herr Dr. Kluge**, Beratendes Mitglied, schlug vor, dass es schon Einzelfallprüfungen geben müsse, aber eine Obergrenze von 5 % das falsche Signal sei.

**Herr Schachtschneider**, CDU, insistierte, dass klare Aussagen gemacht werden müssen. In anderen Bundesländern nehme man bis zu 10 %. Die Aussagen von Herrn Dr. Kluge seien so nicht nachvollziehbar. Er wünschte sich einen klaren Antrag.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, stellte den Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag nicht zur Abstimmung zu bringen und auch die Diskussion darüber zu beenden. Im Januar würde ihre Fraktion einen neuen Antrag stellen.

Hierzu gab es keinen Widerspruch von Mitgliedern.

**Herr Dölle** sorgte sich darum, dass der Stadtrat im 2013 nicht mehr über 2012 entscheiden werde.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung m.d.W.d.G.b., erklärte ihm, dass es auch in 2012 nicht mehr besprochen werden könne, da der Finanzausschuss den Antrag nicht behandelt habe.

**Vertagt**

## zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

## zu 8 Mitteilungen

---

Im Anschluss an die TOP 8.1. bis 8.3. gab es folgende Mitteilungen, zu denen auch kurze Anfragen gestellt werden durften:



**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt - m.d.W.d.G.b.), gab eine kurze Information zur Arbeit des Jugendamtes, wenn es zu Beschwerden über die Arbeit eines Trägers gibt. Nach einer Prüfung durch den ASD wird es dann stets Maßnahmen geben. Detailliertere Aussage könne sie aber im öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht machen.



**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), informierte über die Strukturveränderungen in der Verwaltung. Das „Amt für Kinder, Jugend und Familie“ gehört gemeinsam mit dem „Schulverwaltungsamt“ zum neuen „Fachbereich Bildung“. Der Prozess soll ca. 3 Monate dauern. Momentan erfolgt eine Prüfung, inwieweit eine neue Namensgebung stadtratspflichtig ist.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erkundigte sich, ob die Beauftragten auch künftig im Jugendhilfeausschuss anwesend sein werden.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass dies gesetzlich geregelt ist und die bisherige Teilnahme beibehalten werden wird.

### zu 8.1 Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012 Vorlage: V/2012/11061

---

**Frau Hoffmann**, Stadt Halle, FB Planung berichtete:

Danach steht für 2013 noch für sechs Monate Geld für das Quartiersmanagement Halle-Neustadt zur Verfügung. Neue Projekte können daher nicht mehr sinnvoll begonnen werden. Eine Zusammenarbeit mit dem SPI ist im Gange. Im Zusammenhang mit den Plänen des OB, das Quartiersmanagement in der ganzen Stadt Halle einzuführen, besteht die Hoffnung, eine Fortführung des Quartiersmanagements auch in Halle-Neustadt zu erreichen.

## zu 8.2 Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)

---

**Herr Klose**, Kinder- und Jugendrat, gab den Bericht zur Arbeit des Kinder- und Jugendrats. Er umriss die bisherigen Höhepunkte und zeigte an, dass auch eine Diskussion über die weitere Arbeit des Rates geführt wird.

Im Jahre 2012 wurden durch den Kinder- und Jugendrat rund 9 T€ Fördersumme für Projekte bewilligt.

Einer der Höhepunkte war 2012 das gemeinsame Projekt mit „YOUTHpool“, wo Ergebnisse noch auf „YOUTHpool“ zu sehen sind.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, bat um eine Aufstellung als Zusatz zum Protokoll.

**Herr Dölle**, Stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte nach den Spielplatztestern.

**Herr Klose**, Kinder- und Jugendrat, erklärte, dass im Jahre 2012 keine dies bezüglichen Tätigkeiten anstanden, aber im kommenden Jahr wieder Aufgaben realisiert werden.

## zu 8.3 Bericht des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)

---

**Herr Petrick**, Stadt Halle, Kinder- und Jugendbeauftragter, stellte eine verkürzte Fassung des Berichts in Form einer PowerPoint-Präsentation vor. Er bot an, diese Präsentation auch zur Verfügung zu stellen.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, bat darum, dass der als Tisch-Information vorgelegte Bericht auch als Anlage an das Protokoll angefügt wird.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, fragte, ob Aussagen über die Wirksamkeit der Stellungnahmen zur Familienverträglichkeitsprüfung getroffen werden können.

**Herr Petrick**, Stadt Halle, Kinder- und Jugendbeauftragter, erklärte, dass es schon Reaktionen gibt, aber das ist dennoch eher begrenzt.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erkundigte sich nach der Namensherkunft „Familienverträglichkeit“.

**Herr Deckert**, Stadt Halle, Fachbereich Bildung, erinnerte daran, dass dieser Begriff ein Ergebnis einer Diskussion im Stadtrat gewesen ist. Die Stadträte haben seinerzeit sich für diesen Begriff entschieden.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, fragte nach der neuen Unterstellung unter den OB. Wäre es nicht besser, wenn auch Frau Eggert-Mauer dem OB unterstellt sein würde.

**Herr Petrick**, Stadt Halle, Kinder- und Jugendbeauftragter, erklärte, dass eine fachliche Zusammenarbeit nach wie vor bestehe. Wie die Zukunft aussieht, wird sich aus der weiteren Strukturdiskussion ergeben.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Schachtschneider**, CDU, bat Herrn Wilhelm, kurz die Aufgaben des DLZ zu umreißen.

**Herr Wilhelm**, Stadt Halle, DLZ Familie m.d.W.d.G.b., gab eine kurze Einführung in die Aufgabenstellung des Dienstleistungszentrums. Danach befindet sich vieles auch noch in der weiteren Entwicklung fördernden Diskussion. Diese Diskussion führt der OB auch mit der Bevölkerung und Partnern bei den Freien Trägern. Er benennt einige Leistungsbereiche, die vom Dienstleistungszentrum dann zentral angeboten werden sollen.

**Frau Gellert**, Stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte nach den Sachstand hinsichtlich der „5%-Regelung“ (siehe Diskussion zum Dringlichkeitsantrag).

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt - m.d.W.d.G.b.), erklärte ihr, dass es bereits monatlich abgezogen worden ist. Sie unterstrich noch einmal, dass es nun einmal die rechtliche Situation gibt und sich die Verwaltung daran halte.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, erkundigte sich nach dem Sachstand der Beschlussvorlage „Kinderfreundliche Kommune“. Wann sei mit der Vorlage zu rechnen.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass dies im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion erfolgen wird, also Januar / Februar 2013.

**Frau Pohl**, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), erkundigte sich nach dem Sachstand bei der Kita „Kinderreich“.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), sagte, dass die Verwaltung die Einrichtung bzw. den Träger (jetzigen und den möglichen, künftigen) berät. Momentan ist die endgültige Aussage durch das Bauordnungsamt noch nicht getroffen. Das Jugendamt hat sogar eine Unterbringungsalternative gefunden.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, fragte nach der Höhe der ausgereichten Mittel.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung m.d.W.d.G.b., umriss, dass die vorläufige Haushaltsführung gewisse Spielräume ermögliche.

**Frau Schöps**, Stadt Halle, FB Bildung, ergänzte, dass momentan kassenwirksam HzE und Kita ausgezahlt werden.

**Frau Wolff**, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, fragte, wie es sich mit der finanziellen Planung der Brandschutzmaßnahmen verhält.

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), erklärte, dass eine Antwort sich aus der Haushaltsplanung ersehen lassen wird.

**Frau Gellert**, Stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)., fragte, wieso der EB Kita eine Kita schließen könne, und die Eltern zu Freien Trägern schicke. Dies sei aus Krankheitsgründen erfolgt.

**Frau H. Haupt**, Ausschussvorsitzende, SPD, erklärte, dass diese Frage dem EB Kita weitergereicht wird.

## **zu 10 Themenspeicher**

---

**Frau Brederlow**, Stadt Halle, Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung (m.d.W.d.G.b.), stellte den Themenspeicher für Januar 2013 vor.

**Frau Dr. Brock**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, regte an, im Februar ein bis zwei Tagesmütter einzuladen.

**zu 11      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.02.13

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

H.Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Bernd Werner  
Protokollführer/in